

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

34 (4.2.1921) Erstes Blatt

Wesenspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
ab 1. März monatlich 5.50 RM.
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 RM.
a. u. m. a. r. t. s. durch andere
Abrechnungen bezogen 5.50 RM.
monatlich, durch den Preis-
steigerer frei ins Haus gebracht
monatlich 5.65 RM., Viertel-
jährlich 16.95 RM.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Abgaben:
Die Tages-Nonacilliese
oder deren Raum 1.50 RM.,
1.40 RM. hinauswärts 1.60 RM.,
Wochensache 5.— RM.,
erster Stelle 5.50 RM.,
Abgabe nach Tarif,
Ausgaben-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen lateinisch
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanträge:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 204,
Schriftleitungsamt Nr. 277

Geschäftsführer: Hermann v. Paer. Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Karl Fohs und Hermann Weid; für den Reichsteil: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: G. v. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Eintrich, Friedenau, Bregenzstraße 65/66. Telefonamt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckladen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 34.

Freitag, den 4. Februar 1921

Erstes Blatt

Die Tarifserhöhungen und der Preisabbau.

Von Professor Gerland.

Als vor mehreren Monaten die scharfen Erhöhungen der Tarife der Eisenbahn und der Post durchgeführt wurden, habe ich vor einer Politik gemeint, die die Finanzschwierigkeiten bei den Staatsbetrieben durch einfaches Anziehen der Preise zu überwinden vermag. Ich habe darauf hingewiesen, daß eine solche Politik automatisch zu einem Anziehen der Preise überhaupt, d. h. zu einer weitgehenden Geldentwertung führen würde und infolgedessen das eigentliche Ziel nicht erreichen könnte, das Defizit bei der Eisenbahn und Post zu decken. Ich habe damals ausdrücklich hervorgehoben, daß man mit dieser Politik einem Unmöglichem nachstrebe und sich in einigen Monaten unfehlbar in derselben Lage befinden würde, in der man sich damals befand. Die Verhältnisse haben mir recht gegeben. Die Preise sind in der Tat gestiegen, das Defizit ist nicht geblieben, sondern höher geworden. Die Staatsbetriebe befinden sich in genau der gleichen Lage wie vor einigen Monaten.

Und von neuem soll nun das falsche Mittel angewendet werden, um das Defizit Herr zu werden. Vor dieser abermaligen Tarifserhöhung nachdrücklich zu warnen, verlangt die Situation, in der wir uns befinden, dringend.

Die heutigen Tarife, sowohl bei der Eisenbahn wie bei der Post, sind in der Tat schon unerschwinglich. Man konzentriert hier gern mit Zahlen und weiß (sogar in offiziellen Erklärungen) darauf hin, daß alle Rohstoffe um das 20-fache gestiegen seien, daß dagegen die Tarife sich nicht dieser Preissteigerung entsprechend erhöht hätten. Das letztere mag ausgehen werden. Allein da die Tarife doch schließlich dazu da sind, daß sie vom Publikum bezahlt werden, so darf auch darauf hingewiesen werden, daß die Rechnung insofern irreführend und falsch ist, als die Einnahmen der weitesten Kreise des Publikums nicht entfernt um das 20-fache gestiegen sind. Die Gehälter der Beamten sind nicht um das 10-fache, sondern etwa um das 4-fache gestiegen. Würden also die Tarife dieser Preissteigerung entsprechend gestiegen sein, so wäre das Verhältnis richtig, obwohl auch schon damit eine Belastung eingetreten wäre, die unermesslich genannt werden muß, weil die zum Leben notwendigen Gegenstände bedeutend mehr gestiegen sind, teilweise sogar um das 10-fache.

Ich sehe hier davon ab, daß die bisherige Preissteigerung der Tarife für manche Gewerbe geradezu verheerend gewirkt hat. Ich erinnere nur an die vor dem Krieg blühende Postkartenindustrie, die durch ein Porto von 30 Pfennigen selbstverständlich ruiniert werden mußte und ja auch tatsächlich ruiniert ist. Ich erinnere ferner an die Sommerfrischen, die sich zwar heute noch durch die Kriegsgewinne über Wasser halten können, die aber auf die Dauer es nicht mehr ertragen werden (namentlich kommen hier die kleineren Hotels und Zimmervermieter in Frage), wenn das Groß- und Sommerfrischler, das sich aus den Mittelschichten zusammensetzt, ausbleiben gezwungen ist. Ich weise ferner darauf hin, daß auch gesamtpolitisch es außerordentlich bedauerlich ist, daß beispielsweise unsere Studenten nicht mehr in der Lage sind, an anderen Hochschulen zu studieren. Eine Universität wie Königsberg a. N. muß außerordentlich unter der Tarifpolitik leiden, die der Vereinheitlichung deutschen Geisteslebens, die auf den verschiedenen Universitäten durchgeführt werden soll, direkt feindlich gegenübersteht.

Allein all das, was hier ausgeführt ist, kann nicht als entscheidend betrachtet werden. Es ist sozialpolitisch außerordentlich gefährlich, wenn etwa 20 000 Arbeiter aus der Postkartenindustrie beschäftigungslos werden, wenn der Staat Mehreinnahmen, die er auf der einen Seite hat, dadurch einbüßt, daß er Erwerbslosenunterstützung auf der anderen Seite zahlen muß. Wird wirklich das Defizit in den Staatsbetrieben überwunden, so müßte das mit in den Kauf genommen werden, es wäre das eben ein negativer Rechnungsfaktor, dem auf der anderen Seite positive gegenüberstünden.

Aber das Defizit kann durch die Erhöhung der Tarife nicht überwunden werden. Zunächst wird ein Anfall in der Benutzung der Staatsbetriebe einfallen, ein Abwandern von der höheren in die niedere Klasse (das dieses Abwandern in großem Umfang eingetreten ist, ist von jedem, der viel reist, täglich zu konstatieren), Versuche, durch eigene Bestellung der Briefe die Post auszuweichen. Und es werden hierdurch Mindererinnahmen entstehen, deren Umfang um so größer sein wird, je stärker die Tarifserhöhung angezogen wird. Allein wichtiger als dies, ja entscheidend, scheint mir folgende Überlegung zu sein, die nicht widerlegt werden kann. Automatisch wird der Erhöhung der Tarife eine Erhöhung der Preise folgen. Die Tarifserhöhungen sind als Grundkosten in der Preisbildung jeder Ware. Selbst der Preis für die Butter, die der Bauer zum Markt bringt, weist diesen Faktor auf, da der Bauer sich um auf den Markt in die Stadt zu kommen, der Boden bedient und selbstverständlich seine erhöhten Unkosten auf die Preise schlagen wird. Da nun aber alle Waren, die zum Bauer kommen, ebenfalls bei ihrer Preisbewegung von den Tarifen

abhängen, so ist es klar, daß die Mehrkosten, die hierdurch dem Bauern entstehen, von ihm wiederum auf den Butterpreis abgewälzt werden müssen. Und so wie hier geht es bei allen Waren. Überall müssen in der Kaskulation an den verschiedensten Stellen bei jeder Ware vielfach und vielfach die Tarife mit berücksichtigt werden. Es kann darum, wie gesagt, keinem Zweifel unterliegen, daß die Preise, wenn die Tarife in die Höhe gesetzt werden, erneut steigen werden.

Mit dieser Preissteigerung rechnen ja nun viele Menschen mit einer gewissen Gemütsruhe, als ob

das gar kein allzu böses Ding wäre. Ja, man spricht ganz offen davon, daß die jetzigen Preise nicht auf die Dauer berechnbar seien, daß sie höheren Preisen Platz machen würden. Ich glaube, daß eine verhängnisvollere Politik nicht getrieben werden kann. Es ist die Politik, die uns unter allen Umständen zum Bankrott, ja meiner festen Überzeugung nach, zu einer neuen Revolution führen muß. Denn da der Staat, wie die letzten Beamtenverhandlungen bewiesen haben, auf die Dauer die erhöhten Gehälter, Löhne und nicht mehr bewilligen kann, würde der Abbau dieser

ganzen, bis aufs Unerträgliche gespannten Situation an der falschen Stelle beginnen. Man würde Gehälter und Löhne herabsetzen, herabsetzen müßten, weil sonst der Staatsbankrott unvermeidlich ist, während das entscheidende ist, daß zunächst, ehe man die Gehälter herabsetzt, die Preise selber abgebaut werden.

Es muß also zum mindesten eine Politik vermieden werden, die nicht Preisabbaupolitik, sondern Preisserhöhungspolitik ist. Der Staat aber, der sich stets darüber klar sein muß, daß Wirtschaft, Produktion, Handel Mittel zum Zweck, doch nicht Selbstzweck ist, daß der letzte und einzige Zweck allen wirtschaftlichen Lebens die Erhaltung des Lebens der Menschen ist, hat seine Politik in Zukunft unter dem Gesichtswinkel zu orientieren, so rasch wie möglich den Preisabbau herbeizuführen, der in anderen Staaten bereits durchgeführt ist. Er muß es vermeiden, dieser Politik, wenn auch indirekt, entgegen zu handeln. Kurzfristige fiskalische Erwägungen können hier keine ausschlaggebende Rolle spielen. Ich bin so fest von der Richtigkeit dieser Erwägung überzeugt, daß ich glaube, es wäre zuerst richtiger, man setzte die Tarife herab und versuchte, durch vergrößerten Umsatz erhöhte Einnahmen zu erzielen, um die Preise dadurch zu reduzieren, daß man die Grundbedingung ihrer derzeitigen Höhe beseitigt, so weit es in den eigenen Kräften liegt.

Man kann mir nicht einwenden, daß dergleichen unmöglich sei im Hinblick auf das ungeheure Defizit unserer Staatsbetriebe. Dieses Defizit ist teilweise nur scheinbar. Denn große Summen, die den Etat unserer Staatsbetriebe zurzeit belasten, müssen unter anderem Gesichtspunkt betrachtet und beurteilt werden. Wir haben, darüber kann kein Zweifel bestehen, zurzeit unendlich viel mehr Personal, als wir in den Staatsbetrieben gebrauchen. Man wendet gegen den Vorschlag, hier mit Entlassungen vorzugehen, ein, daß dann Erwerbslosenunterstützung vom Staat gezahlt werden müßte. Ganz richtig! Nur müssen dann die entsprechenden Kosten im Etat der Staatsbetriebe als Erwerbslosenunterstützung beurteilt werden. Denn es handelt sich insofern in der Tat um nichts anderes als um eine verléte Erwerbslosenunterstützung. Zieht man das in Betracht, so wird man zugeben, daß sehr große entsetzende Summen in dem Etat der Staatsbetriebe von diesen selbst überhaupt nicht getroffen werden, daß sie infolgedessen bei der Berechnung der Tarifhöhe nicht mit in Betracht gezogen werden dürfen. Denn es würde ja sonst die Erwerbslosenunterstützung zum Teil durch eine Art Verzehrssteuer aufgebracht werden, die verkehrs- und wirtschaftsfeindlich im höchsten Grade genannt werden muß.

Da also das Steigen der Preise automatisch dem Steigen der Tarife folgen wird, da die Geldentwertung durch gesteigerte Preise infolge gesteigerter Ausgabe von Papiergeld weiter fortschreiten muß, so wird auch die abermalige Tarifserhöhung, wenn man sie auch feierlich die letzte nennt, nicht die letzte bleiben können, sofern man in dieser Politik des Unmöglichens verharret. Denn in wenigen Monaten wird sich der Staat bei dieser Politik genau in derselben Situation befinden wie heute, das heißt, das Defizit wird nicht gedeckt sein, ja, im Gegenteil, ich fürchte, es wird sich progressiv weiter ausweiten.

So möchte ich auch heute dringend davor warnen, mit Tarifserhöhungen ein Übel zu bekämpfen, das so nicht bekämpft werden kann. Die Frage, um die es sich dreht, ist die des Preisabbaus. Von dieser Seite aus muß die Schraube zurückgedreht werden. Gelangt dies, so entwickelt sich alles automatisch rückwärts, wie es sich jetzt leider noch automatisch vorwärts entwickelt. Bis dahin ist es aber sicherer, gewisse Defizite in den Staatsbetrieben auf andere Weise zu decken als durch Betriebseinnahmen, die in Wahrheit letzten Endes das Defizit nicht decken können, sondern im Gegenteil vergrößern müssen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Febr.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt. Am Ministertisch Heinze und Koch. Der Entwurf über einen Reichsbeitrag für die Kosten des Reichsministers Koch erklärt hatte, daß es sich bei dem Sake von 15 Pf. für den Stimmzettel um einen Kostenbeitrag, nicht aber um einen Kostenaufschlag handelt.

Ein Antrag Dittmann (U. S.) auf Erhöhung des Beitrages auf 20 Pf. war abgelehnt worden. Bei der nunmehr folgenden ersten Beratung des

Bezugsloshentwurf

(100 000-Mann-Deer) schildert der Abg. Schoepflin (Soz.) es als merkwürdig, daß sowohl im Entwurf als in der Begründung das Wort „Republik“ peinlich vermieden worden sei. Wenn auch im allgemeinen das Ziel der Bezugsloshentwurf befriedigend dargestellt sei, so seien doch an den Einzelheiten Ausstellungen zu machen. Daher werde im Ausschuss eine kritische Prüfung vorgenommen werden müssen. Das aktive Wahlrecht für den Soldaten entzogen. Wie steht es mit dem passiven? Politischen Beratern dürfen die Soldaten nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten angehören. Auch hier wird ein Unterschied zwischen Soldaten und Offizieren

Erst leben, dann politisieren!

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschickt:

Die geistige einmütige Zurückweisung der Pariser Erwerbslosenpläne durch den deutschen Reichstag von Dergt bis Ledebour hat die erwartete Unterstützung aus allen Ländern des Reiches, aus deren Parlamenten, den politischen Parteien, wie den großen Verbänden der Industrie, des Handels und des kulturellen Lebens ergaßen. Die Grundtendenz des leidenschaftlichen Protestes und der einmütigen Entschlossenheit, alle Opfer für den äußersten Widerstand zu bringen, wird sich in den letzten Tagen wohl noch mehr zeigen.

Inzwischen wird innerhalb der Regierung, die im Reichstag alles vorbereitet, versucht, die möglichst geschlossene und feste nationale Einheitsfront gegen den Verdrängungsplan der Feinde zu schaffen. Die Ministerpräsidenten der einzelnen Staaten werden am Samstag in Berlin mit der Obersten Reichsstelle einseitig Vorarbeiten für alle Eventualitäten beraten und zwischen den Parteien ist trotz aller parteipolitischen Dementis das Bestreben zu einer Verbreiterung der Regierungsbasis wieder aufgenommen worden. Vorgehoren war dieser Versuch bekanntlich an der ablehnenden Haltung der Mehrheitssozialdemokraten und der Deutschnationalen gescheitert, die sich von ihrer bisherigen starken Opposition einen besonderen Erfolg bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen versprochen. Wie man hört, ist aber aus den Kreisen der Partei heraus die Zurückhaltung ihrer Führer gegenüber den Angeboten der Deutschen Volkspartei vielfach durch aus gebilligt worden, indem man den eigentlichen wohl verständlichen Grundfals anstellte: Erst muß Deutschland leben können, dann werden wir Parteipolitik treiben können. Aus solchen vaterländischen Empfindungen heraus wird von diesen Kreisen auch kein überspanntes Wort gegen die Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialdemokraten in einem verbreiterten nationalen Not- und Ubergangsministerium erhoben. Andererseits wollen bei den Deutschnationalen so wie bei der Scheidemannpartei die maßgebenden Führer noch nichts von einem Notkabinett wissen. Die Deutschnationalen besitzen leider auch heute keine Persönlichkeit von der überragenden Bedeutung und Geschicklichkeit eines Deubrand. Graf Westarp ist viel zu einseitig altpreussisch-konservativ und Herr Helfferich hat trotz seiner vielen Begabungen erst recht nicht die notwendige politische Autorität. Trotzdem wird aber der Verdrängungsplan der Gegner vielleicht doch die äußeren Parteivorurteile früher oder später überwinden helfen. Eine Entschleunigung ist freilich jetzt vor Ende der Woche oder sogar vor Montag nicht zu erwarten.

Zum Vernichtungsdißkal.

Die französische Presse.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Febr. Die Zeitungen erblicken in der Abreise des Führers der deutschen Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretärs Bergmann, die Bestätigung dafür, daß die Konferenz verlagert werden soll. — Wie das „Echo de Paris“ wissen will, habe Bergmann in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten im Quai d'Orsay darauf gedrungen, daß die Brüsseler Konferenz verschoben werde mit Rücksicht auf die kurze Frist, die zwischen ihr und der Londoner Konferenz liege.

„Petit Parisien“ schreibt: Nach Ansicht der deutschen Sachverständigen ist es schwer, die Modalitäten einer Zahlung vor der Einigung über die Zahlung selbst zu erörtern. Die Brüsseler Konferenz könne also erst nach der Londoner Konferenz stattfinden. Da letztere nicht vor dem 28. Februar mit der Prüfung der deutschen Angelegenheiten beginnen werde, würde die Brüsseler Konferenz bis zum 8. oder 9. März zu verlagern sein. — Der „Petit Parisien“ meint, daß sich über die deutsche Auffassung wohl sprechen lasse. Die Pariser Konferenz habe das System der Annuitäten, das Bergmann angenommen habe, nicht verworfen, es im Gegenteil in das erweiterte System mit einbezogen, das die ganze Frage der deutschen Schuld löse. Das hätten die Deutschen gerade gewollt, als sie die Festschreibung einer Pauschalsumme verlangten. Eines sei klar, daß nämlich die deutschen Sachverständigen sicherlich nach den Weisungen des Reichsministers Si-

mons sich richten würden, und das sei der Beginn der Disfunktio gegen die Entscheidungen der Konferenz. Das Blatt meint, es sei vorauszusetzen, daß Deutschland auch in London wie in Spaas das Recht beanspruchen würde, auf gleichem Fuß Prinzipienfragen zu erörtern, d. h. die Entscheidungen von Paris wieder in Frage zu stellen. Diese Absicht habe er, Dr. Simon, auch im Reichstage klar zum Ausdruck gebracht.

Englische Stimmen.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Febr. „Westminster Gazette“ bespricht die Erklärungen Simons über die Entwaßnung. Das Blatt sagt, die Alliierten hätten es in der Hand, Deutschland Strafen aufzuerlegen. Wenn jedoch eine tatsächliche Wiedergutmachung erzielt werden soll, so müsse sie das Ergebnis einer Art von Uebereinkunft sein. Jetzt sei die Reihe an Deutschland, seine eigenen Vorschläge vorzulegen. Diese würden jedoch wenig Nutzen bringen, wenn sich Deutschland ebenfalls nach einer Seite verirrte, wie es die Alliierten nach der anderen Seite getan haben. Die Deutschen täten gut, endlich die Höhe zu nennen, die sie zu zahlen in der Lage sind, zu erwähnen und ihren Standpunkt dann eingehend zu begründen.

„Daily Mail“ schreibt: Der Friedensvertrag sieht klar eine offene Aussprache zwischen beiden Parteien vor, und man müsse geredet werden, bis die deutsche Seite einen Plan nach Spaas mitgenommen hätte, der zweifellos die Grundlage für Verhandlungen bot. Deutschland sei durchaus im Recht, wenn es fordere, gehört zu werden. Und die Alliierten dürfen, wenn sie klar sehen, keine Abneigung zeigen, die Deutschen zu hören. Das Blatt verweist auf Neuierungen der englischen Geschäftswelt, aus denen hervorgeht, daß in England keineswegs allgemeine Begeisterung über das Pariser Uebereinkommen herrscht.

„Globe“ schreibt, Deutschland gebe sich immer noch Selbsttäuschungen hin, und Simons scheine der Ansicht zu sein, daß dies auch die Alliierten tun. Deutschland sei nicht gebieten worden, zu verhandeln, sondern es sei ihm befohlen worden, zu zahlen. Die Entente fürchte sich nicht davor, daß Deutschland bolschewistisch werde, da dies das letzte sei, was Deutschland tun würde. Deutschland müsse bezahlen und werde bezahlen. In ähnlichem Sinne äußert sich „Pall Mall Gazette“.

„Mailand, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Secolo“ gibt bemerkenswerte Erklärungen einer englischen Persönlichkeit wieder, die in Paris an der interalliierten Konferenz teilgenommen hat. Der englische Generalkonsul gibt die Lage als unverändert an. Der geforderte Ausgleich sei nur verfrühter Natur. Er sei nur ein Ergebnis der besonderen Umstände auf der Konferenz, der für die Wiedergutmachung praktisch nicht vermerkt werden kann. Niemand denke daran, Deutschland 42 Jahre lang in der Sklaverei zu halten und Zahlungen von Abgaben zu erzwingen, die es zu einem bolschewistischen Deere machen. Die Ratensabteilungen der ersten 5 Jahre würden Deutschland nicht erschöpfen, obwohl sie drückend seien. Später könne sich die Lage ändern. Die Wirklichkeit wird sich auch in französischen hauptstädtischen Kreisen Bahn brechen und die Revision der jetzigen unhaltbaren Beschlüsse wird in einer besonnenen Stimmung stattfinden. Aus diesen Gründen hat Lord George mit Rücksicht auf die politische glückliche Stellung des Kabinetts zugestimmt.

Die Stimmung in Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Febr. Die Blätter veröffentlichen weitere Meldungen über die Stimmung in Amerika zu den Pariser Beschlüssen in der Wiedergutmachungsfrage, aus denen hervorgeht, daß die amerikanische Presse und hervorragende Politiker allgemein die Deutschland auferlegten Bedingungen kritisieren und erklären, die Entschädigung sei zu hoch, als daß Deutschland sie bezahlen könne, und daß dies wahrscheinlich einen ungünstigen Einfluß auf die Vereinigten Staaten haben werde.

Italiens Anteil an der Kohlenlieferung.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Paris, 3. Febr. Die Verleihungskommission hat den Anteil Italiens an den neuen Kohlenlieferungen für die nächste Zeit auf 269 000 Tonnen festgelegt.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

gemacht. Der Offizier darf nicht anders behan- delt werden als jeder Volksgenosse. Auch die Qualifikationsberichte für Offiziere sind beibe- halten. Wie soll es den Offizieren ergehen, die in dem Verdacht stehen, republikanisch gesinnt zu sein? Jedenfalls muß der Reichstag stets sein Be- zugsrecht haben, damit nicht etwa in aller Stille alte Erlasse wieder zum Vorschein kommen. Die Hauptfrage ist, daß sich die Reichs- wehr zum republikanischen Gedanken bekennt und die Verfassung schützt.

Reichswehrminister Gehler: Die bisherige deut- sche Wehrverfassung ist durch den Friedensver- trag von Versailles beseitigt. In ihre Stelle wird der vorliegende Gesetzentwurf treten. Das Hee- resverfassungsgesetz und die Disziplinarnovelle werden demnächst vom Reichsrat verabschiedet werden. Bei der jetzigen Vorlage sind wir ge- bunden an den Versailles Vertrag und an die Weimarer Verabredungen mit den Ländern über die Landwehrmannschaften. Diese Verabredungen leiden aber darunter, daß bei ihrer Verabschie- dung der Friedensvertrag noch nicht bekannt war. Manches hat sich seitdem verändert. In dem Entwurf sind alle Soldaten die mit ihrem Berufe zu vereinbarenden Rechte eingeräumt. Im Interesse des Reiches und des Heeres muß die Disziplin unbedingt sichergestellt werden. (Beifall rechts.) Das Bündnis zwischen der Disziplin nicht vereinbar. (Widerpruch bei den Soz.) Der Wehrminister muß die Möglichkeit haben, zuzugreifen, wenn die Bünde die Disziplin gefährden. Das passive Wahlrecht ist nach dem Entwurf Angehörigen der Wehrmacht teilwe- wegs genommen. Der Entwurf spricht nur von aktivem Wahlrecht, und Unterliegendes werden nur gemacht zwischen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht. Im übrigen sind unter Soldaten auch die Offiziere verstanden. Es wird von ihnen abhängen, wenn ihnen durch Förderung der Bil- dungsanstalten der Weg zu den höchsten Stellen offensteht. Das Offiziersproblem wird nicht dadurch gelöst, daß man einfach alle Unter- offiziere zu Leutnants macht. (Sehr richtig.) Der Offizier im Frieden muß vor allen Dingen erzieherische Eigenschaften haben. Es gibt gute und schlechte Offiziere. Im übrigen kann nur derjenige Offizier werden, der zwei Jahre mit den Mannschaften in Reich und Glied gedient hat. Im Ausnahmefalle werden die Einzelheiten be- sprechen können. Das Reichswehr darf keine Par- zelle sein, sondern muß zur Angelegenheit der ganzen Nation werden, damit wir zu einem wä- renden Volksherr kommen.

Abg. Künzler (U.S.): Der Gesetzentwurf hätte schon viel früher vorgelegt werden müssen. Die Rücksicht auf die Landmannschaften wider- spricht dem Reichsgedanken. Die bayerischen Reservatrechte sind überflüssig. Für uns ist die politische Gleichberechtigung der Nation eine grundsätzliche Forderung, an der wir festhalten müssen.

Abg. Könen (Komm.): Die Soldaten stehen nach dem Gesetze schlechter da als die Arbeiter und Beamten. Sie sind ihren Vorgesetzten willenlos ausgeliefert. Sie müssen sogar fragen, wenn sie heiraten wollen und erhalten die Hei- ratsverlaubnis in der Regel nicht vor dem 27. Lebensjahre. Der Minister wird in der Reichs- wehr nicht gleiches Recht für alle schaffen können. Die Offiziere werden immer Söhne der Besitz- enden sein. Bayern wird natürlich ein Vorrecht eingeräumt. Diesem Schädling im deutschen Volkskörper werden Sonderrechte ge- geben. (Der Vizepräsident rügt diese Wendung gegen den bayerischen Bundesstaat.) Die Reichswehr wendet ihre Macht immer nur gegen die Arbeiterschaft an. Die von Seckl und Genossen werden den Reichsminister umge- ben und die Reichswehr ebenso wie die Bevöl- kerung ihren eigenen Plänen dienlich machen. Damit schließt die Besprechung. — Die Vor- lage geht an einen Ausschuß von 28 Mit- gliedern. — Die Novelle zum Wehrstrafgesetz wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Gesetz über den Waffengebrauch des Grenzpersonals geht an den Aus- schuß, nachdem der Abg. Herzfeld (Komm.) dagegen protestiert hat, daß eine solche Bestim- mung, die schon bei den Ländern allgemeinen Absichten hervorgerufen habe, durch das Reich übernommen werden soll.

Zur dritten Beratung des Betriebsbi- lanzenentwurfes begründet der Abg. Schack (Ztr.) nochmals den Antrag der bürgerlichen Parteien, demzufolge eine Ver- pflichtung zur Vorlage der Bilanzunterlagen nicht besteht.

Die Beschlüsse der zweiten Lesung werden angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Antrages der Koalitionsparteien und der Mehrheitssozialdemokraten, zur Förderung des Wohnungsbaues für die Zeit bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude eine Abgabe zu erheben. Die Länder sind berechtigt, an die Stelle dieser Abgaben Zuschläge zur Steuer vom Grundvermögen zu treten zu lassen.

Abg. Bahr (Dem.) begründet den Antrag, schilbert die Wohnungsnot und protestiert gegen die Anhebung der Steuer nur auf Wohnungs- gebäude auszuweichen.

Abg. Silberstein (Soz.) bedauert, daß ange- sichts der Notlage im Baugewerbe kein anderer Weg als die Annahme des Antrages möglich sei.

Abg. Mumm (D.N.): Das vorstehende Gesetz ist ein Nothgesetz. Unser Antrag will nur den Ruhberechtigten von Wohnungsräumen zur Steuer heranziehen. Zahlen soll die Steuer der Mieter oder Pächter.

Abg. Merewski (D.Vp.): Die deutschnatio- nalen Anträge gefährden das Zustandekommen des Gesetzes, obwohl sie sachlich berechtigt sind. Das Gesetz trägt ja nur vorläufigen Charakter. Auf die Sonderwünsche der Parteien kann in dem zum Mai vorgezogenen Reichsgesetz Rück- sicht genommen werden.

Abg. Merkel (U.S.): Der Antrag Mumm will die Landwirtschaft von der Steuer befreien. Das ist der richtige Geist der bestehenden Gesetze. Seine Partei könne die Hand zu einer Mietersteuer nicht heben. Man müsse die bestehenden Land- wirte nur einmal energig anpacken. Nur die endgültige Sozialisierung könne da Abhilfe schaffen.

Abg. Fran Lange (Bayr. Vp.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Köllner (Komm.): Das Kapital ist nicht imstande zu bauen, da die Herstellungskosten zu hoch sind, daß niemand die Wette bezahlen könnte. Da müssen Staat und Gemeinde bauen, aber der Mieter darf nicht das Opfer sein. Wir sind da- gegen, daß das Proletariat noch mehr mit Steu- ern belastet wird.

Abg. Becker-Andersberg (Ztr.) Doch die erforder- lichen 1/2 Millionen Wohnungen bis zum Herbst fertig sein werden, ist unmöglich. Es soll aber nur ein Teil fertig werden. Und dazu brauchen wir auch keine 8 bis 10 Milliarden. Die Anträge der anderen Parteien lehnen wir ab.

Minister Braun: Eine Beschränkung der Steuer auf Wohnräume allein würde ungenügende Er- träge liefern. Es kommt nicht allein auf die gro- ßen Städte an, sondern vor allem auf das Land.

Abg. Frau Hegler (U.S.) betont noch einmal die Notwendigkeit der Sozialisierung.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Ge- setzentwurf unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge in erster, zweiter, dritter Lesung ange- nommen gegen die Unabhängigen und Kommuni- sten. Es folgt die Interpellation des Abg. Vergt (D.N.), Graf Bernstorff (D.N.) über die Haderbewirtschaftung. Die Wille wendet sich dagegen, daß im Gegensatz zu der Haderfeld vom 26. August 1920 eine Verordnung des Reichsernährungsministers vom 11. Dezember den Landwirten eine Mindestablieferungs- frist für Hafer auferlegt hat.

Abg. Semmler (D.N.) begründet die Inter- pellation. Wenn die Regierung mit solchen Ver- ordnungen wie der vom 11. Dezember den land- wirtschaftlichen Betrieb löst, dann kann die Landwirtschaft nicht Hand in Hand mit der Re- gierung arbeiten. Wir verlangen die Aufhebung der Verordnung, damit die Produktion der Land- wirtschaft sich ruhig entwickeln und steigern kann. Die Landwirtschaft hat keine allzu großen Ge- winne gemacht.

In der Verantwortung der Interpellation Staatssekretär Hubert: Aus der Frage des Hafer hat sich eine Gefährdung der Versorgung mit Brotgetreide ergeben, darum soll die Zwangs- bewirtschaftung von Hafer wieder eingeführt wer- den. Mit Rücksicht auf die dringenden Vorkel- lungen der Landwirte wurde von der Nationen- regierung abgesehen. Die Verordnung vom 11. De- zember legt dem Landwirt nur eine Mindestab- lieferungsfrist auf. Das war dringend notwen- dig, weil die Ablieferung sehr schlecht vor sich ge- gangen war. Die Festlegung einer Strafe für nicht abgelieferten Hafer läßt sich nicht vermeiden. Die Regierung wolle Härten dadurch vermeiden, daß bei der notwendigen Verteilung die land- wirtschaftlichen Organisationen herangezogen werden und daß bei der Mehrablieferung Mais in Austausch den Landwirten gegeben wird.

Auf den Antrag der Rechten wird die Inter- pellation bestritten.

Abg. Kessler (Soz.): Das Eingreifen der Re- gierung war dringend notwendig. Hätte die Regierung den Landwirten nicht zu volles Ver- trauen geschenkt, so hätte sie nicht nachträglich zum Umlageverfahren zu greifen brauchen. Jetzt wird allerdings der Wirtschaftplan der Land- wirte empfindlich geföhrt. Die Aufhebung der Verordnung ist nicht möglich, weil sonst die Brotversorgung gefährdet wird. Die letzte Schwierigkeit wird am besten beseitigt, wenn die Landwirtschaft ihrer Lieferungsfrist besser nach- kommt.

Abg. Banmann (Ztr.) Mit der Zwangswirt- schaft nimmt man der Landwirtschaft den Hafer, das ihr dringend für ihr Vieh nötig hat. Die Regierung sollte den Landwirten den Mais nicht nur versprechen, sondern auch liefern. Die kleinen Landwirte müssen besonders geschont werden.

Abg. Harte (D. Vp.): Die Regierung hat ihre Aufgabe, Mais in genügenden Mengen einzu- führen, nicht gehalten. Sie hat durch die Maß- nahmen dem Schleichhandel und dem Hader Vorbehalt geleistet. Der Satz von 67 H ist zu niedrig für den Hafer, da die Regierung 180 H pro Zentner fordert. Die Empörung der Land- wirte ist also berechtigt. Es muß die bestimmte Zusicherung gegeben werden, daß der Austausch von Hafer gegen Mais in Zukunft erfolgt.

Abg. Fiese (Dem.): Die Verordnung ist reich- lich spät gekommen. Vor allem müssen die kleinen Besitzer ganz befreit werden, sonst steht die Ge- fahr einer Verminderung des Haferangebotes bevor.

Abg. Vurthart (U.S.): Die Maßnahmen des Reichsernährungsministers haben dazu geführt, daß infolge des Umlageverfahrens der Hafer ver- käuflich wurde. Jetzt will die Landwirtschaft das Gleiche für das Brotgetreide herbeiföhren.

Abg. Reich (Komm.) gibt den großen Agrariern die Schuld, daß Tausende von Kindern Not leiden. Die großen Landwirte wollen sich nur bereichern, ganz gleich, was aus dem Volke wird.

Abg. Perber (Bayr. Volksp.) hält die Bestra- fung der kleinen Landwirte mit dem dreifachen Haferpreis für zu hart und bittet den Minister die Verstöße nicht zu hart zu bestrafen.

Abg. Baasmaier (Bayr. Bauern.) betont, die Landwirtschaft verdiene Vertrauen, auch dem Landwirt solle man sein Verdienst gönnen. Er würde ja auch seine Pflichten tun.

Abg. Fischer (Soz.): Wir müssen aus der Ha- ferkalamität herauskommen! Eventuell durch Aufhebung der Verfügung. Als Landrat seines

Bezirk hat er kein Körnchen Hafer erlassen können, gewiß ein Beweis für den schlechten Willen der Landwirtschaft. Nach einem Schlußwort des Abg. Mallo (D.N.) schließt die Besprechung. Morgen vormittag 11 Uhr Anträge, Inter- pellationen und kleine Vorlagen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Von der zwangsweisen Zurücksetzung der Beamten.

Wir haben im „Parlsruher Tagblatt“ wieder- holt auf die Unzulässigkeit hingewiesen, die durch die ausnahmslose Zurücksetzung der Staats- beamten, sobald sie das 65. Lebensjahr zurückge- legt haben, entstanden sind. Dabei sind wir dafür eingetreten, daß die Zurücksetzung ohne Rücksicht auf das Lebensalter ausgeschrieben werden soll, sobald der Beamte wegen eines körperlichen Ge- brechens oder Schwäche seiner körperlichen Ge- geistigen Kräfte seinen Dienst nicht mehr in be- friedigender Weise versehen kann. Nun haben, wie bereits kurz mitgeteilt, in einer der letzten Sitzungen des Landtags Mitglieder der demo- kratischen Fraktion und der Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, die Regierung zu eruchen, von der weiteren Vollziehung der Staatsmini- sterialentscheidung vom 2. Mai 1919, wonach die Beamten mit erreichtem 65. Lebensjahr regel- mäßig in den Ruhestand versetzt wurden, Abstand zu nehmen, und in Zukunft einen Beamten, der das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, nur dann in den Ruhestand zu versetzen, wenn der Beamte es selbst beantragt oder wenn er wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dem Dienste nicht mehr gewachsen ist.

Zur Beilegung der vielfach in verschiedenen Dienstzweigen eingetretenen Ueberalterung der dadien Beamten wurde erstmals in das Be- amtengesetz vom Jahr 1908 die Bestimmung auf- genommen, daß ein etatmäßiger Beamter auch in den Ruhestand versetzt werden kann, wenn er das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Bis dahin konnte die Zurücksetzung nur wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erfolgen, die zur teil- weisen oder völligen Dienstunfähigkeit des Be- amten geführt haben. Gleichseitig wurde auch den Beamten das Recht eingeräumt, ohne Vor- lage eines ärztlichen Zeugnisses oder sonstiger Nachweise seine Zurücksetzung zu verlangen, so- bald er das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Von dieser neuen Bestimmung wurde aber so gut wie gar kein Gebrauch gemacht. Die Ueberalterung der Beamten schaffte weitere Fortschritte und hatte auch eine zunehmende Verschlechterung in den Anstellungsverhältnissen und dem Vorrücken der jüngeren Beamten zur Folge. Kein Wunder, daß diese die Anwendung der neuen Zurückset- zungsvorschriften und die Umänderung der Anstellungsverhältnisse in eine „Mittelstufe“ ver- langten. Dilem Verlangen ist das Staatsmini- sterium mit Entscheidung vom 2. Mai 1919 nach- gekommen, indem es vorgeschrieben hat, daß jene Beamten, die nicht längstens vier Wochen nach Zurücklegung ihres 65. Lebensjahres um ihre Zurücksetzung nachsuchen, von Amts wegen zur- rückgesetzt werden müssen. Zur Vermeidung von Härten ist allerdings vorgeesehen worden, in besonders begründeten Ausnahmefällen die Zu- rücksetzung um einige Zeit zu verschieben. Es ist aber in der Öffentlichkeit nicht bekannt gewor- den, ob die Regierung von dieser Vergünstigung bis jetzt überhaupt Gebrauch gemacht hat.

Die Folge der Durchführung der neuen Vor- schriften war allerdings eine erhebliche Verjün- gung der gesamten Beamtenliste und ein unge- abt rasches Vorrücken einzelner Beamten. Die Regierung hat aber auch manche lästige Arbeits- lasten oder manchen nur schwer erziehbaren Ge- schäften verloren, deren Dienste noch mehrere Jahre für sie von großem Vorteil gewesen wä- ren. Andererseits hat es aber auch häufig an ge- eigneten Nachfolgern für die zurückgesetzten Be-

In heißer Not.

Im Garten Kampf erblich das Schwert. — Das ist es nicht — Noch gibt es Stamm und Eisen! — Es war die Klugheit minderwert. — Auch dieses nicht — Noch gibt es andre Weisen.

Doch über „Wort“ und über „Tat“ — Steht „Gottes Recht“ — Auch in der Menschen Bede. — Das ist's, da loben wir Verrat — Als wie ein Knecht — Am „Mut der freien Rede!“

Ihr Gegner! Was man Euch verschwiegen — Nach stillen Plan — In stillig sein vollstimmig Zug, Vernehm's: Es trägt die Schuld am Krieg, Der Menschheit Wahn! Und „Eure Unschuld“ ist ein Trug!

B. Am.

Kunst und Wissenschaft.

Die Aesopmappe Arthur Nieldels.*)

„Eines sieht sich nicht für alle. Dem Adler ist Kraft gegeben, der Nachhalm süßer Gesang, der Kranich die Zeit der Lüge, die Amsel hat ein schwarzes Kleid, der Hahn verkün- det die Morgenröte, der Igel hat die Pracht der Farben gesehen. Ein jegliches hat sein Vermögen an seinem Wesen.“ So läßt Aesop seine Göttin Juno zum Pflanzen lazen, der zu seiner Schönheit auch noch die Stimme der Nachhalm begehrt. Ueber die Verten im Aesopischen Schwabäckerlein soll hier nichts gesagt werden. Viele von ihnen sind im Laufe der Jahrhunderte Volksgut gewor- den. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich auch viele bestimmte Künstler die Darstellung vieler alten Fabeln zur Aufgabe gemacht. Wir besitzen zahllose und Zeichnungen zu den Fabeln aus alten Tagen. Ihre einfachen und ewigen Wahr- heiten beweisen ihre Jugend auch dadurch, daß sie immer von neuem Menschen und Künstler be- fruchten.

*) Verlegt im Hommel-Verlag Erlangen-Bamberg und Leipzig.

Es ist daher ganz natürlich, daß auch die Bil- dende Kunst Aesop's Fabeln zum Vor- wurf nimmt. Allerdings muß ein Künstler am Werk sein, der mit quellfrischer Kraft und reinen Sinnen an sie herantritt. Der Parlsruher Radierer, Arthur Nieldel, hat dies ge- tan. Seine Aesopmappe, die im Kunstverein aus- gestellt war, ist ein Kabinettstück. In vornehm beherrschter Art bietet er uns elf Blätter, die kom- positionell und zeichnerisch auf gleicher Höhe stehen. Vieles von dem Stoff und Heimatliebe atmen die Blätter, die teilweise im Parlsruher Tiergarten entstanden sind.

Das Titelblatt, mit einem zeichnenden Knaben in weltverwundener Balbeschleife der Sprache der Bäume und Tiere lautend, ist dem altemanti- schen Maler Ernst Wittenberger gewidmet. Ihm folgt der Reigen der anderen zehn Blätter. Hart und düstig schwebt Juno in den Wolken, über dem Plan, der den Kopf hebt und sein prächtiges Ge- fieder formt und sich ansetzt. Humor äugt aus dem Blatt, das den Affen als Richter zeigt. Unser Stadtpark zeigt den wohl keine Ahnung, was da alles aus ihm heraus und in ihn hinein- gelesen wurde. Oder waren da auch menschliche Vorbilder im Untergrunde des Bewußtseins tätig? Die dem auch sei, das Tierreich: „Affe, Wolf und Fuchs“ ist ein köstliches Stück. Freund Reinecke ist ja von Aesop und später von Goethe reichlich und geistreich zu glänzenden Gleichnissen verzeichnet worden. Er steht mit schiefgeschlit- ten Augen auf einem Blatt und bemogelt den ersten Knaben um seine Kleckse und beugt auf einem andern bedächtig die Vorderpfoten spreizend. Die Augen verächtlich zugewandt, die Schnauze heimlich lästert, die „lauren Trauben“. Auf einem vierten Blatt „riecht er den Pflücker und tröhlet den Affen, der gerne seine Wölke mit dem roten Fuchschweif decken möchte. Nicht minder gut kommt Reineckes Fetter, Herr Fiegelin, weg. Gut natürlich im künstlerischen und kompositionellen Sinne. Das Blatt, das den alten Säubler zeigt, wie ihm der hochherzige Kra- nich den Knochen aus dem Halse heilt, ist voll formvollendeter Schönheit. Die „danbare Gefin- nung“, die den Wolf kennzeichnet, spricht auch im andern Blatt aus dem schiefen Augen, mit denen er Sünden an dem armen, schneeweißen Kämm- lein sucht, das nichts verborgen hat, als jung und jart zu sein. In den beiden Bövenblättern hat der Basler „Zoologische“ die Vorbilder gegeben,

da ja der Tiere König in unsern Tiergartenzei- chen nicht haften kann. Die Nähe der Kom- munalverbände und die papierenen Fleis- charten hätten ihm wohl all die Jahre äußerst lä- bel gemacht. Auf den niedlichen Blättern ist er lä- sig und behäbig und guckt auf einem gar patrio- tisch auf das Mäuslein herab, das ihm doch noch das Leben retten muß. Auf dem andern läßt er alt und schlau vor seiner Söhne und verjagt mit Reinecke anzubündeln, da er zu tappig ge- worden ist, nach Beute zu gehen. Reinecke riecht natürlich den Braten besser wie jener Nahe bei der Käsefabel. Zu lernen scheinen ja die Raben nie etwas; denn das letzte Blatt zeigt uns einen bei unsern Stadtparkvergnügen. Er hat sich Pfauenfedern in sein Gefieder gesteckt und mimt nun den Vollblutpavane, was ihm aber sehr schlecht bekommen soll. So hat uns denn Aesop seine Fabeln aufs Neue geschenkt, und wir nehmen sie freudig an als ein Geschenk, das endlich lernen will seine Bilder von Künstlern entgegenzuneh- men und nicht immer und immer aus den durch- löcherigen Brunnen zu schöpfen, die doch kein Quellwasser haben; denn auch wir wollen doch wirklich „begnügt sein an dem, das uns die Götter zugeteilt haben.“

Gertrude Maier-Peuser.

Gegen das neue Hamburgische Hochschulgesetz. Die medizinische Fakultät der Freiburger Universität sprach ihr Bedauern aus dar- über, daß das neue Hamburgische Hochschulgesetz angenommen worden sei, durch das die akademi- sche Freiheit und das Recht der Selbstver- waltung der Universitäten hinsichtlich der Ham- burger Universität illusorisch gemacht wird. Es sei daher zu erwägen, ob die Hamburger Uni- versität überhaupt als gleichberechtigt mit den andern Universitäten anerkannt werden dürfe. Ein entsprechender Antrag wurde durch den Senat der Freiburger Universität an den All- gemeinen Hochschulrat überandt.

Die Spende des Gesellschaftlichen Vereins in Neuwied an die Deutsche Schiller- stiftung hat, wie aus Weimar berichtet wird, die häßliche Höhe von einer halben Million erreicht. Sie wird mit Hilfe von Vertrauens- mäuern in Deutschland und Oesterreich zur Verteilung gelangen.

An die Münchner Kunstgewerbeschule ist für B. H. Schmidt, der auf ein Jahr nach Zürich

ging, Prof. Dr. Emil Preotorius als Lehrer für angewandte Graphik berufen worden. Der Maler und Radierer Willi Geiger übernahm eine Naturklasse, Geistes Nachfolger in der Korrek- tur des Abendblattes wurde der Maler Walter Teufel.

Personalien. Der Direktor der Freiburger Univer- sitätsbibliothek, Prof. Dr. Emil Jacobs, hat einen Ruf als Direktor an die Universität Leipzig abgelehnt.

Theater und Musik.

Bad. Landesoper. Mitteilung der Intendanz der Stadt des 4. Sinfoniekonzerts, Frau Ernestine Her- ber-Strasser vom Nationaltheater in München, hatte einen hervorragenden Erfolg als Sängerin, das die Intendanz hat entlassen, die Künstlerin einzuladen, in der heute Freitag stattfindenden Vorstellung von „Tosca“ an und Solde die Primadonna zu singen.

Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangen nach mehr- jähriger Pause wieder die sechs Stücke der bösen Bau- „Max und Moritz“ zur Aufführung, um über oft erprobte, unerlöschliche Anziehungskraft ohne Zweifel aus neue zu bewähren. Diesmal werden die beiden Nebeldarsteller von Altvater und Hans Raffi verkörpert. Außerdem ist noch neu in seiner Rolle als der Bauer Wiede Ulrich von der Fren- Urtel. Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr wird die Vorstellung wiederholt.

Die Reueinführung von Gluck's „Phigeneia auf Tauris“ schließt auch eine dekorative Reueinfüh- rung nach modernen Prinzipien in sich. Das Büh- nenbild ist für diesen Zweck von Emil Burkard ent- worfen und teilweise neu ausgeführt.

Am Sonntag, den 6. und Montag, den 7. d. Mts. gastiert im Stadt. Konzerthaus die Theater- truppe des Hilfsbundes vertriebener Gläubiger. Es bringt die Operette „Die drei Brüder“ von Carl Zeller. Die Vorstellung wird am Montag im Theater des Landesbundes des Reichs vollzogen, das Reichs-Verband der deutschen Arbeitervereine und der Reichs-Verband der Arbeitervereine des Reichs. Die Truppe, die bereits im vorigen Jahre hier öffentlich mit großem Erfolg aufgetreten ist, wird am Sonntag die fünf- tägige „Die drei Brüder“ im Reichs-Verband der Arbeitervereine und der Reichs-Verband der Arbeitervereine des Reichs. Die Vorstellung am Montag wird am Sonntag der deutschen Arbeitervereine des Reichs. Die Vorstellung am Sonntag abends 7 Uhr.

Stundung des Reichsnotopfers.

Da die in dem Reichsnotopfergesetz und in den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen enthaltenen Vorschriften über die Stundung des Reichsnotopfers im allgemeinen nicht genügend bekannt zu sein scheinen, ihre Kenntnis aber für viele von wesentlicher Bedeutung ist, sei nochmals auf die wichtigsten Bestimmungen verwiesen.

Das Notopfer ist auf Antrag eines Abgabepflichtigen ganz oder teilweise zinslos zu stunden, wenn sein steuerbares Vermögen nicht über einhunderttausend Mark und wenn gleichzeitig sein Einkommen nicht mehr als fünfzigtausend Mark beträgt und wenn der Abgabepflichtige ohne Gefährdung seines Lebensunterhalts zur Entrichtung der Abgabe nicht imstande ist. Sind die bezeichneten Voraussetzungen alle erfüllt, so muß die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden. Dabei ist zu bemerken, daß „unter Gefährdung des Lebensunterhalts“ nicht nur die Befähigung des Lebensunterhalts des Abgabepflichtigen selbst, sondern auch die seiner Unterhaltspflichtigen Angehörigen zu verstehen ist.

Im übrigen kann einem Abgabepflichtigen die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, wenn sich bei billiger Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse die Einziehung und Verzinsung als eine besondere Härte erweist. Als besondere Härte wird im allgemeinen anzusehen sein, wenn der Abgabepflichtige durch die Bezahlung der Abgabe nicht nur außerstande gesetzt würde, seinen eigenen Unterhalt zu bestreiten, sondern wenn er dadurch auch nicht mehr in der Lage wäre, die ihm gesetzlich obliegenden Unterhaltspflichten zu erfüllen. In erster Linie werden dieser Vergünstigung daher erwerbsunfähige Personen teilhaftig werden.

Für die zinslos gestundete Abgabe kann Sicherheitsleistung verlangt werden. Die Finanzämter werden dies im allgemeinen auch tun; dies wird insbesondere notwendig sein, wenn die spätere Einziehung der Abgabe durch die Stundung gefährdet wird und die Sicherheitsleistung keine erhebliche Härte für die Abgabepflichtigen darstellt.

Der Antrag auf Stundung ist bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen. Das Finanzamt prüft den Antrag und stellt soweit nötig weitere Ermittlungen an. Es entscheidet selbst, wenn das steuerbare Vermögen des Antragstellers geringer als einhunderttausend Mark ist. In anderen Fällen gibt das Finanzamt den Antrag mit einer Darstellung des Sachverhalts und einer gutachtlichen Äußerung an das Landesfinanzamt ab, das über ihn entscheidet, wenn das steuerbare Vermögen des Antragstellers nicht über zweihunderttausend Mark beträgt. Beträgt das steuerbare Vermögen mehr als zweihunderttausend Mark, so ist die Entscheidung dem Reichsminister der Finanzen vorbehalten.

Über den Stundungsanspruch wird im Bescheidverfahren entschieden. Das Finanzamt hat von Zeit zu Zeit nachzuprüfen, ob die Verhältnisse, die zu einer Stundung der Abgabe oder eines Teils derselben geführt haben, noch unverändert fortbestehen. Je nach dem Ergebnis dieser Prüfung bleibt die Stundung weiter bestehen oder sie wird ganz oder teilweise aufgehoben.

Aus Baden.

Amliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.
Die Eisenbahn-Generaldirektion hat im Laufe des Jahres den Eisenbahnreferendar Josef Schwaiger in Karlsruhe nach Freiburg, den Oberreferendar Ludwig Schäfer in Karlsruhe nach Oberaden, den Eisenbahnreferendar Anton Schwarz in Weinarten nach Karlsruhe, den Eisenbahnreferendar Ludwig Singer in Oberaden nach Karlsruhe, den Eisenbahnreferendar Johann Wanner in Weiskirchen nach Mannheim, den Eisenbahnreferendar Oskar Kämpfer in Waghburg nach Karlsruhe, den Eisenbahnreferendar Friedrich Wachs in Speiflingen nach Wosbach, den Eisenbahnreferendar Wilhelm Wirth in Altklingen nach Baden-Baden, den Eisenbahnreferendar Christian Moser in Sausheim nach Karlsruhe, den Eisenbahnreferendar Friedrich Wachs in Sersbach nach Wosbach, den Eisenbahnreferendar Karl Würtel in Rönigsbach nach Forstheim, den Eisenbahnreferendar Josef Schab in Donauweinsheim nach Gommersbach, den Eisenbahnreferendar Lorenz Reichert in Forstheim nach Karlsruhe versetzt.

Springen b. Forstheim, 3. Jan. Der Brandstifter, der in der Nacht zum Freitag hier drei Häuser angezündet hat, ist noch am Werk. In der Nacht zum Montag brannte das ganze Anwesen des Landwirts Friedrich Mohrhardt nieder. Da nur sehr wenig gerettet werden konnte, ist der Schaden sehr bedeutend. Er wird auf über 200 000 Mk. geschätzt.

Forstheim, 3. Jan. Wie anderwärts, so ist auch hier in der Weihnachtsnacht tüchtig geschossen worden. Dabei wurde ein Schüler auf offener Straße getroffen und verletzt. Als auf dem Markt 2 Burschen wegen Abrennens von Feuerwerkskörpern festgenommen und nach der Rathauswache verbracht wurden, eilten mehrere Personen der Polizei nach, um die verhafteten Burschen zu befreien. Die Beteiligten wurden von den herbeigeeilten Polizeibeamten festgenommen.

Krafft, 3. Jan. Zu den Vorkommnissen in der Weihnachtsnacht werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Als der verheiratete Tagelöhner Josef Kurz, der verheiratete Blechener Eduard Kurz und der Schlosser Karl Kopp, alle von hier nach der Polizeiwache verbracht worden waren, hatten sich Freunde der Verhafteten mit Schußwaffen versehen und gaben ein wahres Schmellespiel gegen die Wache ab. Mindestens 10 Schüsse gingen durch Fenster und Türen in das Innere der Wache und schlugen dort in Möbel und Wände ein. Die in der Stube befindlichen Polizeibeamten, die auf einen derartigen Angriff nicht gefaßt sein konnten, mußten sich zunächst in Sicherheit bringen und hierbei vor den Verhafteten Gelegenheiten gegeben, zu erwidern. Bei Tagesanbruch

wurden die drei Verhafteten wieder festgenommen und außerdem jene Personen, die an der Schießerei beteiligt waren. Die Erhebungen ergaben, daß der Maurer Karl Haselwandner von Dietzheim an der Schießerei auf das Dachlokal ebenfalls beteiligt war. Er ist bekanntlich bei seiner Festnahme durch einen Schuß tödlich verletzt worden. Der ebenfalls an der Schießerei beteiligte Schlosser Lukas Wertzlinger ist in Karlsruhe verhaftet worden.

Offenburg, 3. Jan. In der Nacht zum Neujahrstag ist hier tüchtig geschossen worden. 2 Personen wurden dabei erheblich verletzt.
Offenburg, 2. Jan. Der Stadtrat gab einem Vorschlag der Reichsfinanzverwaltung seine Zustimmung. Danach steht das Reich davon ab, bei der Rückgabe der Kaufmann an die Stadt die Rückerstattung der bereits geleisteten Amortisationszahlung, die sich auf rund 680 000 Mk. beläuft, zu verlangen. Dieser Verzicht ist an gewisse Bedingungen geknüpft. U. a. muß die Stadt die Gebäude in dem jetzigen Zustande übernehmen und das Stabsgebäude an das Hauptverwaltungsamt Karlsruhe zur Unterbringung des Versorgungsamtes Offenburg zur Verfügung stellen und herrichten. Die Schicksanlagen sind bereits in den Besitz der Stadt übergegangen.

Freiburg, 3. Jan. Die Neujahrsnacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nach langer Zeit wurde wieder im Besen einer großer Menschenmenge das Glöckenspiel auf dem Rathausurm bei Eintritt des neuen Jahres in Bewegung gesetzt.

Freiburg, 2. Jan. Zur Ehrung Karl von Rottecks beschloß der Stadtrat, der alten Oberrealschule in der Werberstraße den Namen Rotteckschule zu geben. — In dem Vororte Günterstal hat sich eine evangelische Gemeinde gebildet, der zur Abhaltung des Sonntagsgottesdienstes der Singaal der Günterstaler Volksschule zur Verfügung gestellt wird. — In den Lehrplan der Kreisbildungsschule Kengen wird vom nächsten Kurs an auch der Bieneunterricht aufgenommen.

Gengenbach, 3. Jan. Beim Neujahrsschießen wurden der Pfälzer Karl Almbrecht und der gleichaltrige Franz Keller getötet. Sie hatten Sprengmunition zur Entladung gebracht und waren dabei unvorsichtig zu Werke gegangen.

Waldbühl, 2. Jan. Kurz vor Jahresabschluss beschäftigte sich der Bürgerausschuß noch mit einer sehr wichtigen Vorlage, nämlich der Gemeindefinanz. Bei der Beratung drangen Teilnehmer einer Volksversammlung in den Sitzungssaal ein, wodurch eine Unterbrechung der Beratungen veranlaßt wurde. Die Vorlage fand in der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Fassung keine Annahme. Es wurde vielmehr beschlossen, bei alleinstehenden Personen nicht unter den Höchstbetrag von 15 000 Mark zu gehen, bei Verheirateten nicht unter 25 000 Mk. Sind Kinder vorhanden, dann bleiben die Einkommen bis 30 000 Mk. einschließlich von der Gemeindesteuer frei.

Wörach, 2. Jan. Bei der Vorschlagsberatung teilte Bürgermeister Dr. Gugelmeier mit, daß die Schulden der Stadt seit dem Jahre 1913 von etwas über 3 Millionen Mark auf beinahe 10 Millionen gestiegen sind. Der Bürgerausschuß genehmigte den Vorschlag und dabei zugleich auch die Veranlagung des Einkommens bei Ledigen mit mehr als 12 000 Mk., bei Verheirateten mit mehr als 16 000 Mk. und bei solchen mit Kindern mit mehr als 20 000 Mk. zur Gemeindebesteuerung.

Aus dem Stadtkreise.

Ehrung der Arbeit.

Die Jünger Gutenbergs haben von jeher in der Öffentlichkeit und im geistigen Leben eine besondere Stellung eingenommen. Ihr Verdienst brachte sie schon fröhe an die geistigen Quellen, so daß es nur natürlich ist, wenn aus ihm so manche Intelligenz und Führernatur hervorging. Die Bildungsbestrebungen, deren organisatorische Befriedigung in unserer Zeit bis zu einem hohen Grade vernachlässigt ist, haben nicht zuletzt in der Tatsache ihren Grund, daß die Buchdrucker rarlos an der Weiterbildung ihrer Berufsgenossen arbeiteten. Es durfte deshalb eine Veranstaltung von so origineller und geistig-künstlerischer Prägung, wie sie zur Ehrung von Jubilaren, die über 25 Jahre im Dienste der G. B. Müller'schen Hofbuchhandlung stehen, gewählt war, besonderes Verständnis finden. Und zwar auch bei jenen Jubilaren, die zwar nicht unmittelbar, aber doch in engerer Fühlung mit dem Druck- und Zeitungsweien stehen.

Zur Ehrung der 34 Personen, die bis zu 67 Jahren in treuer Pflichterfüllung ihren Beruf ausgeübt haben, fand am Sonntag nachmittag in dem geschmackvollen Saal des Künstlerhauses ein Konzert statt, das an sich schon, ganz abgesehen von dem festlichen Anlaß, zu einem aparten Kunstgenuss wurde. In den vorderen Reihen hatten die männlichen und weiblichen Jubilare ihre Ehrenplätze eingenommen. Man konnte manches ehrwürdige Haupt sehen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt.

Nachdem der Chef der Firma mit herzlichsten Worten der Begrüßung und einer Betrachtung des Verhältnisses der Geschäftsführung zur Mitarbeiterenschaft die Feier eingeleitet hatte, begann das Konzert, das von Fräulein Margarete Schweikert, Frau Neugebauer und von Kräfte des Landesballets, den Herren Neugebauer, Spittel, Lütje und Hofmann bestritten wurde. Fräulein Schweikert, die ihren künstlerischen Ruf mehr und mehr festigt, erwies sich wieder als Geigerin von hohem technischen Können und selbständiger Gestaltungskraft. In einem Trio, das Beethoven's wundervolle, gedankenreiche, oft von klassischer Feinheit getragene Musik vermittelte, übernahm sie bestimmt die Führung, von der Biola (Herr Lütje) und der Fföte (Herr Spittel) vorzüglich ergänzt. Beide Herren erwiesen sich ebenfalls als Meister ihrer Instrumente, so daß die Hörer eines der reizvollsten Kammermusikwerke in selten schönem Zusammenspiel und musikalisch hervorragenber

Weise kennen lernten. Herr und Frau Neugebauer sangen mit ihren aufgeschuldeten und äußerst klanggefälligen Stimmen einzeln und zusammen Perlen der Gesangsliteratur, von Herrn Hofmann in dezenter und feinfühlicher Weise begleitet. Die Leistungen wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Mit einem Schlusswort, das das Kapitel der Arbeitsfreudigkeit freiste und die individuelle Leistung als den richtigen Maßstab für die Anerkennung betonte, sowie der Verteilung von Geldgeschenken an die Jubilare und Dankesworten einiger Gelehrten war die Feier zu Ende. Man darf sie ob ihrer schönen Form zu den feinsten zählen, die je für eine Ehrung der Arbeit gewährt wurde und als ein erfreuliches Zeugnis des vorzüglichen Einvernehmens zwischen Zeitung und mitgeschaffenden Kräften. Allen wird diese Stunde weisevollens Gedenkens und edelster Unterhaltung dauernd im Gedächtnis haften.

Die Beleuchtung der Büge. Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Infolge ungenügender Belieferung mit Kohlen sind die städtischen Gaswerke allgemein gesungen, die Gasabgabe einzuschränken. Da auch die Eisenbahnen das Gas für die Beleuchtung der Personen- und Güterwagen von diesen Werken beziehen, können die Wagen nicht mehr regelmäßig mit Gas gefüllt werden, so daß die Beleuchtung infolge Gasmangels häufig unmöglich ist. Tritt in der nächsten Zeit eine erhöhte Einschränkung der Gaszufuhr ein, so muß auf die Beleuchtung der Personenzüge von Lokomotiven verzichtet werden, weil es wegen Mangels an anderen Beleuchtungsstoffen auch nicht möglich ist, eine Notbeleuchtung herzustellen. Es wird schon jetzt auf die Möglichkeit des Ausbleibens der Beleuchtung der Personenzüge hingewiesen und bei Benützung unbeluchteter Büge beim Ein- und Aussteigen besondere Vorsicht empfohlen.

Zum Verkauf der früheren Freiherr von Selbenedische Brauerei Mühlburg. In verschiedenen Zeitungen war davon die Rede, daß die Brauerei Mühlburg (die frühere Freiherr von Selbenedische Brauerei) von der Badischen Landwirtschaftskammer in Verbindung mit einer ausländischen Firma gekauft worden sei. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die früheren Inhaber der großen Konjunkturfabrik Fritz Brenner in Weß haben als alleinige Käufer das Selbenedische Anwesen erworben. Diese Käufer waren Inhaber der weltbekannten Firma Fritz Brenner in Weß und sind aus dem ehemaligen Reichslande ausgewiesen; sie sind geborene Badener bzw. Süddeutsche und mithin keine Ausländer.

Die Erhöhung der Feuerungszulagen für Kaufm. Angehörige der Industrie. Nach Ablehnung des am 2. Dezember ergangenen Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Karlsruhe durch die Arbeitgeber der Industrie fand am 18. Dezember Einigungsverhandlung beim Demobilisationskommissar statt, die nach zwölfstündiger Dauer zu einem Vergleich führte, der nach Annahme durch die Versammlungen der Verhandlungsparteien zur Unterchrift am 22. Dezember führte. Demnach wird die bisherige Feuerungszulage ab 1. November um die nachstehenden Beträge erhöht: Metallindustrieverband; Anfänger 40 Mk., Gruppe Ia und Ib bis zum vollendeten 19. Jahr 50 Mk., 22. Jahr 70 Mk., 25. Jahr 110 Mk., 28. Jahr 145 Mk.; über 28 Jahre 160 Mk.; Gruppe II bis zum vollendeten 25. Jahr 100 Mk., 28. Jahr 145 Mk.; über 28 Jahre 160 Mk.; Gruppe III und IV bis zum vollendeten 19. Jahr 145 Mk., über 2 Jahre 160 Mk.; Lehrlinge im 1. Jahr 10 Mk., im 2. Jahr 15 Mk., im 3. Jahr 20 Mk.; Verband der Holzindustrie, sowie Arbeitgeberverband der Industrie; Anfänger 40 Mk.; Gruppe Ia und Ib bis zum vollendeten 19. Jahr 40 Mk., 22. Jahr 60 Mk., 25. Jahr 100 Mk., 28. Jahr 120 Mk., über 28 Jahre 130 Mk.; die Beträge der übrigen Gruppen sind die gleichen wie beim Metallindustrieverband. Der für die Handelsreisenden am 8. Dezember ergangene Schiedsspruch wurde mit Ausnahme der Erhöhung für Lehrlinge angenommen, für welche die Arbeitgeber nichts bewilligen zu können glaubten. Die Gewerkschaften haben deshalb die Entscheidung des Demobilisationskommissars angefochten.

Verhaftet wurden: Ein Tagelöhner aus Rehl wegen Diebstahls, ein Tagelöhner aus Beierheim wegen Hehlerei, ein Tagelöhner aus Daxlanden wegen Diebstahls, ein Kellner aus Gera, der wegen Diebstahls zur Straferhebung gesucht wurde, ein Arbeiter aus Einsheim wegen Betrugs, ein Dienstmädchen aus Gröbzingen wegen Gewerkschaftsarbeit, ein Arbeiter aus Lumburg wegen Bruchs der Ausweisung, ein Maschinenarbeiter aus Graben-Neudorf, der wegen schweren Diebstahls angeklagt war, ein Arbeiter aus Neuland a. S. wegen Betrugs und Landstreicherei und ein Arbeiter aus Gerding wegen Betrugs.

Chronik der Vereine.

In einer Weihnachtsfeier hatte der Verband der weiblichen Handels- und Büro-Angestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, am 2. Januar-Abend seine Mitglieder und Freunde geladen, die sich auch zahlreich im Eintrachtsaale unter dem strahlenden Christbaum einfanden. Nach einem dankvollen nicht nur mit weicherherziger Technik, sondern auch seinem Empfinden von Fräulein Sozzillo auf dem Flügel gespielten „Improvisum Als-Du von Schubert, ergiff die erste Vorlesende, Fräulein Frey, das Wort zur Begrüßung. Ihre schlichte und doch so geschickte Rede, die mit einem Mahnwort an die Jugend zu treuer Pflichterfüllung schloß, fand aus dem wüstenbrüchigen Saal, viel lautend mit Menschenmüt, so einfach „Ach! Euch“ das Gebot, keine Not so groß, kein Leid so schwer, das Menschenlieb nicht mächtiger war.“ Abermals wurde die Zuhörer in das Reich der Töne geführt, denn Fräulein Hättig spielte mit feinem, klaren Geigenritze die Schöneberg's Sonate D, wobei sich Fräulein Hättig als eine Begleiterin auf dem Klavier erwies. Genß für monde eine angenehme Hebertragung waren die Liedervorträge des jauchelnden Mittelalters Fräulein Moser. Das Klänge doch bisweilen wie Verdengezwitscher und Nachgallenlaut. Das sang sich nur so hinein in Herz und Gemüt; auch ihre Begleiterin am Flügel, Fräulein Lorenz, war mit ganzer Seele dabei. Fräulein Lore Schatte war in dem mit sehr sympathischer Stimme vortragenden Gedicht von Ludwig Leßen „Sonnenwende“ eine gute Leistung. Vorzüglich klug es aus:

„Mut! Noch ist die Welt nicht verloren, Sieg! Neu ward die Sonne geboren und das Dunkel im Dorn bricht. In einer Glanznummer aber gestaltete sie die dramatische Ballade von Kullu von Strauß und Torney „Wegenlieb“. Hier war Meisterstück. Das beliebte Mittelaltel-Gesangsduett, Fräulein Jensen und Fräulein Thormarth, ließ zwei Liebesperlen von Cornelius hören, die reichen Beifall fanden. Noch einmal zeigten Fräulein Hättig und Fräulein Sozzillo in florier Spiel ihre Kunst, dann künftige es aber wie Mondnacht über die Bäume. Waren die Eisen und Nixen aus Tälern und Bergen gekommen? Ein allerliebster, von jugendlichen Mitgliedern aufgeführter Reigen bildete die Dreingabe des Programms. Und wie zuvor sah alle gütig Mitwirkenden durch stimmungsvollen Beifall zu einer kleinen Zugabe verpflichtet, so mußte auch der Eisenreigen wiederholt werden, was der Beirweiserin, Fräulein Denker, gewiss ein Dank für ihre Bemühung war. Die letzte Kerze erlosch, die Nixen verschwand, aber angeleitet durch das Beispiel gedachte wohl mancher beim nachfolgenden Ball, es den Grasen gleichzutun.

Veranstaltungen.

Volkshöhe Karlsruhe. Heute Dienstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, beginnt die Volkshöhe im Konserthaus die Vorkursreihe II. In dieser Reihe gelangen, wie bereits bekannt, Schillers „Mäuber“ zur Aufführung. Auf dieses Werk fiel beinahe bei der Abstimmung im November die weitläufige Stimmenzahl. Das Schauspiel, das längere Zeit nicht auf dem Spielplan stand, wurde von Herrn Kienrich für die Volkshöhe neu einstudiert. Verschiedene Rollen sind neu besetzt, so vor allen Dingen die Amalia mit Fräulein Creutznach, Karl Moor: Robert Bäcker, Franz Moor: Ulrich v. d. Trenk, Hermann: Erich Galt und Kofinstra: Ludwig Unger. In größeren und kleineren Rollen ist fast das gesamte Herrenpersonal des Schauspielbesetzt.

Lebendige Hannelore Heiler. Wie bereits bekannt, gibt Hannelore Heiler, wohl die populärste Sängerin Süddeutschlands, am Samstag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im Konserthaus ihren zweiten Abend in der Saison 1920/21. Die auch in Karlsruhe sehr geschätzte und gefeierte Künstlerin besetzte im letzten Viertel des verflochtenen Jahres die Schweiz und die Niederlande mit glänzendem Erfolge. Sie wagte sich als erste deutsche Künstlerin auch in die französische Schweiz und war auch dort Gegenstand lebhafter Ovationen.

Lebendige. Es sei nochmals auf den am Mittwoch, den 5. Januar, im Künstlerhaus stattfindenden Feabend von Frau Seuffer aufmerksam gemacht. Der Gesangsverein Kassella Karlsruhe veranstaltet am Samstag, 8. Januar, im großen Saal der Festhalle einen bunten Abend, an dessen Mitwirkung bedeutende hiesige Kräfte gewonnen wurden, die den Besuchern einen genussreichen Abend versprechen. Die Veranstaltung beginnt um 7 1/2 Uhr mit fortiochem Ball. Die Ballmusik stellt das Harmonie-Orchester.

Die Lieberhalle Karlsruhe wird, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, auch dieses Jahr in der Dierseit wieder mit einem großen Gemischten Chor-Konzert vor die Öffentlichkeit treten. In erster Linie ist mit diesem Konzert eine der Lieberhalle und der Stadt Karlsruhe würdige Beethoven-Gedächtnisfeier beabsichtigt. Des hiesigen Meisters berühmte „Dur-Messe“ wird den Mittelpunkt des Konzertes bilden. Außer diesem letzter gehörten Werke wird ein größeres Orchesterwerk Beethovens und Franz Liszt's erhabender 19. Psalm aufgeführt werden. Die Mitwirkung des Landesballets-Orchesters, sowie bedeutender Solisten verleiht einem Anzeigenteil, wie er von der lebhaftigen Aufführung des „Königlichen Dramas“ „Die Verführung Jerusalems“ her noch in lebhafter Erinnerung ist. Es ist zu wünschen, daß der Lieberhalle auch dieses Jahr wieder, wo es zudem mit einem unserer größten deutschen Künstler der Konfanz zu ehren, ein ebenso vorzüglicher Abend zur Verfügung steht, wie im letzten Jahre. Darum sei auf die an die gefestigten Damenwelt gerichtete Einladung besonders hingewiesen.

Standesbuch-Auszüge.

Gebohrte. 31. Dez.: Friedrich Baumgärtner von hier, Schmied hier, mit Frieda Rabe von hier, Rudwigsbafen; Anton Rastatter von hier, Elektromonteur hier, mit Magdalena Baier von hier.
Geburten. 28. Dez.: Will, Vater Peter Janz, Zementeur; Gerda Irene, Vater Wilhelm Denzler, Stenograph; — 28. Dez.: Annelise, Vater Johann Krebber, Bahnarbeiter. — 27. Dez.: Erwin Hugo, Vater Adolf Fischer, Postkellner; Irma Maria, Vater Hermann, Kaufmann; Luise Emma, Vater Fred, Kalmbach, Maurer; Silja Franziska, Vater Alons Theodor, Vater Hermann, Kaufmann; — 28. Dez.: Ernst Walbert, Vater Konstantin Zähringer, Schuhmacher; Richard, Vater Alfred Gantzler, Kaufmann; Heini, Vater Adolf Hähl, Schreiner; Albert Oswald, Vater Albert Hähl, Schreiner; Josef, Vater Josef Lachenmeier, Magazinbedienter. — 29. Dez.: Alfred Ludwig Friedrich, Vater Alfred Leßle, Schlosser; Erich Adolf, Vater Oskar Kimmle, Gewerkschaftsreferent. — 30. Dez.: Friedrich Alfons, Vater Karl Nobe, Schlichter.
Todesfälle. 31. Dez.: Erlo, alt 1 Jahr 4 Monate 25 Tage, Vater Otto Reuter, Chemigraf; Elisabeth Friedrich, alt 71 Jahre, Witwe von Christoph Friedrich, Verkaufsführer; Wilhelm Schröder, Ratsschreiber a. D., Witwer, alt 76 Jahre. — 1. Jan.: Wilhelm Weber, Tagelöhner, ledig, alt 62 Jahre; Luise Kirner, alt 68 Jahre, Ehefrau von Julius Kirner, städt. Arbeiter. — 2. Jan.: Helmut Kirchnerbauer, Student, ledig, alt 21 Jahre; Annie Schmutz, alt 78 Jahre, Witwe von Jakob Schmutz, Bahnmelster; Erwin, alt 4 Monate 27 Tage, Vater Josef Linet, Schlichter; Anna Körner, alt 40 Jahre, Ehefrau von Wendelin Körner, Monteur. — 3. Jan.: Franz Wälfel, Schreiner, Chemann, alt 88 Jahre; Mina Baier, alt 60 Jahre, Ehefrau von Edmund Baier, Handelsmann.
Verdiensnachricht und Trauernachricht erwahener Verstorbenen. Dienstag, 4. Januar: 11 Uhr: Wilhelm Weber, Tagelöhner, Duracher, Alter 68. — 11 Uhr: Anna Körner, Monteurs-Ehefr., Rinkheim, Hauptstraße 20. — 11 1/2 Uhr: Julie Kirner, städt. Arbeiters-Ehefrau, Kronenstr. 44. — 8 Uhr: Julie Lebneger, Privatn., von Bergabern (Feuerbestattung).

Ausgabestellen des Karlsruher Tagblatts für Mühlburg:

1. Wilhelm Altergott, Bäckerei, Hardtstr. 56.
2. Frau Früh, Zigarren-Geschäft, Nuitsstraße 17.
3. Rich. Hartmann, Papierhandlung, Rheinstraße 71.
4. Fritz Speck, Spezereihandlung, Rheinstraße 62.

In diesen Ausgabestellen kann das Tagblatt im Abonnement zum Preise von Mk. 5.10 abgeholt und auch einzeln gekauft werden.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Verdingung von Handwerkerarbeiten.

Von Chefredakteur Franz Huber, Syndikus des Karlsruher Handwerks.

Die Reichsverfassung anerkennt die Existenzberechtigung des Handwerks. Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß dem selbständigen Handwerker in der neuen Wirtschaft auch Existenzbedingungen gewährt werden müssen.

Die badischen Handwerkskammern haben Verdingungsämter eingerichtet. Durch Sachverständige der Handwerkskammern werden die Preise für die Ausführung der Bauten ermittelt und der Baubehörde mitgeteilt.

Man wird aber nun doch zu anderer Praxis sich bekennen müssen, wenn der Schritt, der in Bayern getan wurde als fruchtbar sich zeigt.

Man kann gute Hoffnung auf Erfolg dieser Bestrebungen haben, wenn das Handwerk hier nicht nur, wie so manches Mal in der Vergangenheit, einen Anlauf nimmt zu einem besseren Wollen und Handeln.

nicht nur, wie so manches Mal in der Vergangenheit, einen Anlauf nimmt zu einem besseren Wollen und Handeln, wenn es vielmehr bei der Stange bleibt und nun erst macht mit einer solidarischen, berufständigen und wirtschaftlichen Organisation.

Mannheimer Produktenbörse.

Am heutigen ersten Börsentage im neuen Jahre wies die Börse einen guten Besuch auf. Die Geschäftstätigkeit dagegen hielt sich auch heute wieder in engen Grenzen.

Kennzeichnend für die Stimmung dürfte die Tatsache sein, daß bei einer heute abgehaltenen Versteigerung von Reisufterkuchen der Zuschlag zum Preise von 96 Mk. per 100 kg erfolgte.

Wertpapier- u. Devisenmarkt.

Table with columns for exchange rates and prices. Includes sections for 'Devisennotierungen' (Frankfurt, Berlin) and 'Devisenkurse im Freiverkehr' (Zürich).

zwar Saigonreis, war heute zu 580 Mk. per 100 kg erhältlich. Rauhutter hatte unveränderten Markt.

Antliche Notierungen. Mannheimer Produktenbörse. Mannheim, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Mais 390, Kleesamen, neuer inländischer Rotklee, 1600 bis 2000, italienischer Luzerne 3000-3200.

Viehmarkt in Mannheim, amt. Bericht.

Table of livestock market prices. Columns include 'Zufuhr' (supply), 'Preis für 50 Kilo Lebdt.-Gew.' (price for 50 kg live weight), and various animal categories like cattle, pigs, and sheep.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Das sächsische Porzellangeld. (Eig. Drahtber. unj. Dresd. Corresp.) Dresden, 3. Jan. Die 'Sächs. Staatsztg.' veröffentlicht einen Erlaß wegen des Porzellangeldes.

Sport / Spiel / Turnen.

Eine Spielplatzberatungsstelle hat der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen eingerichtet. Gemeinden, Vereine usw. die Spiel- und Sportplätze anzulegen beabsichtigen, können ihre Pläne dem D. R. A. einreichen.

Jugendberatern für den Winterort. Der Zweigkreis Baden für deutsche Jugendberatern stellt mit, daß folgende Jugendberatern während des Winters zur Verfügung stehen: Herchenheim Dalkau.

Therapie.

Lebendige Form. Rhythmus und Freiheit im Gymnastik, Sport und Tanz. Von Fritz Hamann Winter. Mit 35 künstlerischen Bildern.

Die sportliche Wochenschrift Tennis, Hockey und Golf ist aus dem bisherigen Verlag Wäbner-Leipzig in den Sportverlag Norddeutsche Sportzeitung G. m. b. H. (D. F. Tischbein) Hannover übergegangen.

Vom Wetter.

Wetternachrichten der bad. Landeswetterstation in Karlsruhe. Auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen.

Table of weather observations. Columns include 'Ort' (location), 'Wetter' (weather), 'Wind' (wind), and 'Niederschlag' (precipitation).

Allgemeine Witterungsübersicht.

Auch an den beiden letzten Tagen ist die Wetterlage unter dem vorwiegenden Einfluß der Hochs bedingt.

Der tiefe Druck verlegt sich nunmehr auf den Osten und verliert demnach bei uns an Einfluß, während ein kräftig entwickeltes Hoch südwestlich nach dem Festland vorrückt.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr.

Table of water levels on the Rhine. Columns include 'Ort' (location) and 'Wasserstand' (water level).

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.

Amsterdam, 8. Januar. Berlin, 8. Januar. London, 8. Januar. Brüssel, 8. Januar. Paris, 8. Januar. Newyork, 8. Januar. Prag, 8. Januar. Budapest, 8. Januar. Wien, 8. Januar.